

Nachrichten

des Gebiets-Vollzugskomitees der Räte und des Gebietskomitees der Kommunistisch. Partei der Arbeitl. der Wolgadenischen

3. Jahrgang.

Abt. 11
Марковский, Об. Ном. Повол.
редакция газеты „Нахрихтен“

Marxstadt, Mittwoch, den 10. November 1920

Redaktion: Proletarierfr.
Sankt P. 2. Str. 1.
Telephon Nr. 22. Druckdruck:
1920 von 3-8 Nj.

Nr. 156

Allen Mitgliedern der Marxstädter Organisation der K. A. P. (B.)

Das Gebietspartei-Komitee verpflichtet alle Mitglieder der Marxstädter Kommunistenorganisation, die abkommandiert werden, sich unbedingt in der Registrationsabteilung des Gebietspartei-Komitees registrieren zu lassen. Ohne Erlaubnis hat kein Parteimitglied das Recht, die Stadt zu verlassen. Wer sich auch nur einmal ein Vergehen in dieser Beziehung zuschulden kommen läßt, wird sofort aus der Organisation ausgeschlossen.
Präsidium des Gebietspartei-Komitees.

Alle Sowets- und politischen Behörden, Fabrik-Komitees und professionellen Verbände in Marxstadt werden gebeten, rechtzeitig vor jeder stattfindenden Versammlung, Meeting u. dgl. der Abteilung für Agitation und Propaganda beim Gebietskomitee der K. A. P. Gen. Müller davon schriftlich oder telephonisch (Nr. 31) Mitteilung zu machen, widrigenfalls die Verwaltungsorgane der professionellen Verbände, Leiter von Behörden und Organisationen zur Verantwortung gezogen werden.
Das Gebietskomitee d. K. A. P.

Nachklänge.

Wir haben den dritten Jahrestag der Oktoberrevolution gefeiert, den dritten Jahrestag des Kampfes der Arbeitenden in Sowjetrußland um die Erhaltung und Festigung ihrer Macht.

Drei Jahre lang kämpfen schon die arbeitenden Massen Sowjetrußlands, drei Jahre lang führen sie schon Hammer und Beil mit unverminderter Kraft, Hungernd und frierend, die übermenschlichsten Entbehrungen leidend, tragen die Arbeitenden mit ungebrochenem Mut das rote Banner der sozialistischen Revolution, gehen sie von Sieg zu Sieg.

Die Arbeitenden der ganzen Welt schauen voller Hoffnung auf den heroischen Kampf des russischen Proletariats und eilen ihm von allen Seiten zu Hilfe. Ohne den Rücken zu beugen strebt das arbeitende Volk den großen kommunistischen Zielen entgegen. Die Stunde des proletarischen Sieges ist nahe.

„Das Unterpfand für den proletarischen Sieg, die Grundbedingungen unseres Sieges“, schreibt Gen. Ramenem, „liegen vor allem darin, daß der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft allmählich und immer mehr zur gemeinsamen Sache der sozialistischen Gesellschaft wird, daß alle Arbeitenden zur unmittelbaren Beteiligung an der kommunistischen Aufbauarbeit herangezogen werden. Das ist die erste Bedingung des Sieges. Die zweite Bedingung ist, daß der revolutionäre Geist, die revolutionäre Inangriffnahme der auf der Tagesordnung stehenden Aufgabe keinen Augenblick vermindert oder geschwächt wird.“

Vor drei Jahren haben die arbeitenden Massen das Joch der Bourgeoisie abgeschüttelt, nur die arbeitenden Massen können den Bau der sozialistischen Gesellschaft zu Ende führen.

Groß sind die Errungenschaften, die das revolutionäre Proletariat zu verzeichnen hat. In drei Jahren hat es den ganzen moskowischen Bau der kapitalistischen Gesellschaft niedergedrückt und schon ist das

grandiose Fundament zu einem neuen, schöneren, reineren und erhabeneren Bau gelegt. Die Energie des arbeitenden Volkes ist unerschöpflich. Hätte sie nicht vorankam mit dem gigantischen Kampf gegen die wirtschaftliche Zerrützung und, vor allem, mit dem Kampf um die Erhaltung ihrer Staatsmacht vor den Anläufen der kapitalistischen Konterrevolution zu tun, — der Bau würde schon himmelhoch gestiegen sein.

Alle Kräfte, die vorläufig nicht unmittelbar an der Verteidigung der Sowjetrepublik an der roten Front beschäftigt sind, die noch im Hinterlande sind, müssen auf die Lösung der wirtschaftlichen Aufbauarbeit gerichtet werden. Denn, indem die Sowjetrepublik von innen her erkrankt, wird sie auch von außen her unbesiegtbar werden, und je eher das zukunfts kommt, umso eher werden auch ihre letzten Feinde, Baron Wrangel und die Hezzen des französischen Kapitals, Peilura und Bulak-Bulachowitsch am Boden liegen und unschädlich gemacht sein.

Alle Kräfte müssen konzentriert werden. Doch das genügt noch nicht. Diese Kräfte müssen auch bewußt an die Arbeit gehen, eine eiserne und produktive Arbeitsdisziplin schaffen. Das Bewußtsein der Pflicht muß in ihnen geweckt werden, das Bewußtsein, das nur dort vorhanden ist, wo Aufklärung ist. Aufklärung heißt lernen, nicht nur sich lehren lassen, sondern auch selbst lernen, sich zum Bewußtsein seines selbst und zum Verständnis für die hohen Ziele der Proletarierbewegung durchringen.

Wir beginnen ein neues Jahr, das vierte Jahr unserer Sowjetarbeit. Laßt uns denn mit dem neuen Jahr alle Passivität, allen Schlenkrian, alle kleinliche Eigennützigkeit aus unserem Busen reißen. Wir wollen uns aufrufen und wollen im Namen der Befreiung der arbeitenden Menschheit mütig um ein proletarisches Klassenbewußtsein kämpfen, das uns den Sieg durch Kampfes- und Arbeitspflicht und das Gelingen durch Disziplin und Schulung bringen wird.
K. I.

Amnestie

zum Jahrestag der Oktoberrevolution.

Das Allrussische Zentralvollzugs-Komitee beschloß, am 7. November d. J. zur Feier des dritten Jahrestags der Oktoberrevolution eine Amnestierung von Verbrechen anzukündigen. Den zuständigen Gerichtsinstanzen sind schon diesbezügliche Instruktionen zu-

geschickt worden. Dies sei nur die allgemeine Ordnung angegeben, in der die Amnestierung vorwirksam werden soll.

Die Amnestierung wird wie für Verurteilte, so auch für solche Personen, die unter gerichtlicher Untersu-

chung stehen, angewandt. Sie befehlt in Verzögerung der Haftzeit, in Bänderung des Strafmaßes und in gänzlicher Freilassung, je nach dem Grade der Verbrechen.

In bezug auf die Deserteure und ihre Verheimlichung wird die Amnestie-

ebensfalls angewandt, wobei außer Bänderung des Urteilspruches vollständige Vergebung desjenigen Deserteuren wird, die im Verlauf von 7 Tagen nach Veröffentlichung der Amnestienkündigung seitens der örtlichen Gerichtsbehörden freiwillig erscheinen.

Die Gebietspartei-Konferenz.

Am Freitag, d. 29. Oktober, wurde in Marxstadt die 5. Gebietskonferenz der ausländischen kommunistischen Partei eröffnet.

Nach dem Bericht über den politischen Moment wurde der Rechenschaftsbericht des Gebietspartei-Komitees angehört.

Der Bericht rief heiße Debatten hervor. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, die die Tätigkeit des Gebietspartei-Komitees für unbefriedigend anerkennt und auf eine ganze Reihe von Mängeln und Uebelständen in der Parteiorganisation des Gebietes hinweist.

Es wurde ein konkreter ausführlicher Plan über die zur Festigung der Partei erforderlichen Maßnahmen angenommen. Auch die nächsten Aufgaben in der Parteiarbeit sind vermerkt worden.

Die Konferenz zeigt eine große Sinnlichkeit.

Die rote Front.

Feldbericht vom 5. November.

Die Südfont. Im Rayon von Berelop haben wir die Angriffe des Gegners östlich von Berelop erfolgreich zurückgeschlagen. Auf der Linie findet Geplänkel statt.

In der Richtung nach Dschanki verfolgen unsere Truppenteile den Gegner, der sich nach Salkow und Genitshesl durchschlagen wollte. Durch einen unaußhaltbaren Angriff hat unsere Kavallerie und Infanterie am 5. November die Stationen Pylowo, Nowoalexowka und Salkowo besetzt. Ihren Erfolg fortsetzend folgten unsere tapferen Truppenteile dem Gegner auf den Fersen und drangen in die Halbinsel von Tschongar ein, wobei sie stark besetzte Positionen bei der Station Tschimbulul und nördlich von Tschongar stürmten. Die benannten Punkte waren durch Befestigungen geschützt,

mit betonierten und gepanzerten Verteidigungsvorrichtungen versehen und verfügten über eine starke Bewaffnung.

Am 4. November setzten unsere bewährten Schützen ihr Vorrücken fort und forcierten Siewasch bei der Eisenbahnbrücke und bei der Brücke bei Tschongar. Am 5. und 4. November haben wir viele Trophäen erbeutet; bisher sind 22 Geschütze, 3 Panzerzüge und 40 tausend Artilleriegeschosse gezählt worden.

Im Rayon von Genitshesl wird heftig gekämpft. Der Gegner erweist hartnäckigen Widerstand und wird dabei von der Flotte unterstützt.

Feldbericht vom 6. November.

Die Südfont. An der Südfont gibt es Geplänkel; Patrouillen haben erfolgreiche Rekognoszierungszüge unternommen.

Ungarn.

Monarchie in Ungarn.

Die Nationalversammlung in Ungarn hat eine monarchische Staatsverfassung herzustellen beschlossen.

Am Vorabend eines Krieges zwischen der Türkei und Grussen.

Grussen hat der Türkei ein Ultimatum gestellt und fordert die Evakuierung von Ardagan und Artwin. Die Truppen Grussens konzentrieren sich in Batum. Es wird das Vorrücken der Türken erwartet.

Die Erneuerung der Beziehungen mit Deutschland.

Die deutsche Regierung hat die Absendung von einfacher Korrespondenz nach Sowjetrußland gestattet.

Die Streikbewegung in Frankreich.

Der Verband der Arbeiter der chemischen Industrie Frankreichs hat für den 3. November einen allgemeinen Streik angefangt. In Charlerois haben die Kohlenbergarbeiter zu streiken begonnen.

Ein Vertrag Polens mit Litwien.

Zwischen Polen und Litwien ist ein geheimer Vertrag zustande gekommen, der eine Teilung Litauens bezweckt. Dieser Plan wird von der französischen Regierung unterstützt, denn letztere hofft dadurch Deutschland von Rußland zu isolieren.

Im Sowetslande.

An der Wirtschaftsfrent.

Ein würdiges Beispiel.

Bis zum ersten November hat das Sow. Rußland schon über die Hälfte der Getreidelieferung ausgeführt.

Im Donezbasin.

Charlow, den 3. November. Auf dem Kongreß der Kohlenindustrie wurde festgestellt, daß im Donezbasin die Hälfte der Gruben im Betrieb ist. Es sind 120 tausend Arbeiter beschäftigt. Der Auftrag der Hauptverwaltung der Kohlenindustrie in der Höhe von 240 Mill. Rub wird mit einem Ueberschuß von 60 Mill Rub ausgeführt werden.

Silbe für die rote Front.

Kostow a. Don, 3. November. Die Arbeiter und Angestellten an dem Kostower Schlachthaus haben ihren zweiwöchentlichen Arbeitslohn der roten Armee dargebracht und ihre Familienglieder verpflichtet, eine Woche lang Wäsche für die Rotarmisten zu nähen.

Es ist genug!

Der Volkskommissar des Kaukasus, Tschitschewin, hat zum zweiten Mal einen Protest dagegen erhoben, daß die lettische Regierung auf ihrem Territorium das Anwerben von weißgardistischen Banden zuläßt und dadurch Baron Wrangel Unterstützung erweist.

Partei-Chronik.

Bereinte Sitzung der kommunistischen Gruppen der Marxstädter Garnison.

Am 1. November fand in der politischen Abteilung eine bereinte Sitzung der kommunistischen Gruppen der Marxstädter Garnison statt.

Es wurde folgende Tagesordnung angenommen: Der politische Moment, die Verpflegungsfrage, die Disziplin in der Partei und laufende Frage.

Ueber die erste Frage ist die gegenwärtige Lage an den Fronten geschildert worden.

Ueber die zweite Frage ist ein Beschluß gefaßt worden, welcher jeden Kommunisten verpflichtet, den Rotarmisten zu erklären, warum wir jetzt eine so schroffe Verpflegungs-Politik haben. Ueber die dritte Frage ist beschlossen worden, eine eiserne Disziplin in unserer Mitte herzustellen.

Beschluß des Präsidiums des Partei-Komitees.

1) Für das Nichterscheinen zur allgemeinen städtischen Versammlung am 3. November ist folgenden verantwortlichen Arbeitern ein Verweis zu erteilen, der in das Parteibuchlein eingetragen werden soll, um sie über die Folgen solcher Vergehen in Zukunft zu warnen (Verletzung als Kandidaten, Ausschließung aus der Rußländischen kommunistischen Partei): dem Gebietskriegskommissar Schausler, dem Leiter der Politischen Abteilung Abramson, dem Gebietsverpflegungskommissar Wolodko, dem Mitglied des Präsidiums des Gebietsvollzugs-Komitees Besoboroblow und dem Gen. Jakobson.

2) Infolge von häufigen Verpätungen zum Dienst und einer oberflächlichen Erfüllung seiner Pflichten ist der Schriftführer des Gebietspartei-Komitees der Sekretär des Angestellten-Komitees Weller dem genossenschaftlichen Disziplinargericht zu übergeben. Er wird beurlaubt, am 4. November d. J. um eine halbe Stunde zu spät zum Dienst erscheinen zu sein, die Listen der Angestellten unordentlich geführt und die Kontrolle über das rechtzeitige Erscheinen der Angestellten zum Dienst oberflächlich ausgeübt zu haben.

3) Ein strenger Verweis ist der Geschäftsführerin und dem Mitgliede der Rußländischen kommunistischen Partei, Truschina, für ihr verspätetes Erscheinen zum Dienst zu erteilen; sie ist in das Parteibuch einzutragen und zu warnen, daß sie im Wiederholungsfall aus der Partei ausgeschlossen wird. Verantwortlicher Sekretär des Gebietspartei-Komitees: Klimow.

Aus dem Gebiet.

Von der Bauernwoche im Seelmänner Bezirk.

(Telegr. unj. Korresp.) Der Bezirksvolkswirtschaftsrat zu Seelmann hat während der „Bauernwoche“ unter der Beobachtung des Bezirks folgende Materialien zur Verteilung gebracht: Schmierseifen 515 Pud 54 Pf., Pflugscharen 500 Paare, Holzbohle 645 Pud, Radspitzen 6000 St., Radnaben 12 St., Becheln 15 St., Birkenen Tafeln 45 St., Dachbreiter 55 St., Bohlen 24 St., und anders.

Dravo, Osnowker!

Das Dorf Osnowka im Krasnogorjer Verpflegungsrayon hat seine Order auf Butter, Eier und Kartoffeln zur bestimmten Frist erfüllt. Der Rayonprodukt hat den Einwohnern als Prämie 80 Pud Salz an der Reihenfolge abgelassen.

Rausch mit der Fahnenflucht. Deserteure

erschienen freiwillig, laut Bericht der Gebietskommission für den Kampf mit der Fahnenflucht in der Zeit vom 10. September bis zum 28. Oktober, aus dem Marxstädter Bezirk — 2187, aus dem Seelmänner — 676, aus dem Balzerer Bezirk — 733, festgenommen wurden im Marxstädter Bezirk — 212, im Seelmänner — 62, im Balzerer — 589.

Auf der Wacht. Eine neue Klasse von Nichtstunern.

Wie früher die Nichtstuner lebten, wie viel Land sie hatten — ist jedem Menschen bekannt, auch wie sie die Bauern ausbeuteten und mit ihren großen Landstücken handelten, wird gewiß auch jeder wissen.

Etwas anders stand es mit dem Land bei uns in den Kolonien. Land bekam jeder Einwohner des Dorfes, wenn er dort geboren war, (ich meine die männlichen) ob er es bearbeiten konnte, oder nicht. Der reiche Bauer ging dann zum Landbesitzer, der kein Vieh besaß, packte ihm das Land ab, oder ließ ihn um die Hälfte arbeiten, wie unsere Bauern sagten.

Nach dem Jahre 1915, als alles Land auf vielen Kolonien besetzt war, fing das „Dulcklaufen“ an.

Im kapitalistischen Staat war am Platze, daß der arme Handwerker oder arme Bauer sein Land verpachtete, denn er bekam gar keine Unterstützung von Seiten der Zentralregierung und sein Land war zu gering, um davon leben und fortkommen zu können. Ganz anders steht's jetzt mit dem Land in unseren Kolonien und mit dem Arbeiter im Dorfe. Freilich, es wurde gesagt, als das Land umgemessen wurde, daß jeder, der Land bearbeitet will und kann, auch Land bekommt, aber damit war doch nicht gesagt, daß man jedermann ohne Unterschied Land geben muß. Jetzt haben aber im Dorfe alle Land bekommen: Schuster und Schneider, Tischler und Wagenbauer, Schulmeister und Pastoren, alle Arbeiter, die aus der Stadt, vor ihrem Kopfe defektiert, eben alle lebenden Seelen. Und die Folgen? Der Bauer soll Frucht schütten, er kommt in den Sowet und sagt, er könne nicht, „Warum?“, wird er gefragt. „Du hast sie schon verkauft, anstatt sie dem Staat abzuliefern?“ — „So wahr, wie Gott im Himmel ist, kein Pfand.“ — „Sie haben doch 20 D. S. Land bearbeitet.“ — „Ja, ganz recht — aber dabei sind 8 Fremde, da habe ich 6 Rub auf den Fuß, an meinei Deijalkmann abgegeben, das sind 48 Rub und 80 Rub gab ich ihm Norm, sind 128 Rub.“

Man kann und weiß nicht, was man sagen soll. Man läßt den „Dejalkmann“ rufen, dieser ist unbedingt ein Schindler oder sonst ein Arbeiter.

„Sie haben Land und bearbeitet es nicht, nehmen aber ganze 100 Rub Frucht, wofür das?“, „Für mein Land.“

— „Haben sie denn das Recht, mit dem Land Kauf und Verkauf zu treiben?“ — „Ganz gewiß, es ist doch mein.“ — „Sind sie auch in dem Arbeiterverband eingeschrieben?“ — „Nein.“ — „Nun, Sie haben Land, haben Frucht bekommen und müssen auch Frucht schütten.“ — „Da bedank ich mich, ich brauche sie für mich, für mein Pferd, mein Schwein, meine Hühner, Kinder usw. und habe auch nichts über die Norm.“

Es stellt sich am Ende heraus, daß in manchen Dörfern bis 200 Familien wohnen, Land besitzen, es aber nicht bearbeiten, sondern bearbeiten lassen, indem sie ihr Land dem arbeitenden Bauer verkaufen, für ihre Arbeit vom Bauer tiefen Preis nehmen und schließlich Parasiten an der Republik sind. In einem sozialistischen Staate darf so etwas garnicht vorkommen. Solche Erscheinungen müssen im Keime erstickt werden. Bist du ein Arbeiter, so laß dich auch im Verbaude anschreiben und lebe mit der Arbeiterschaft, mit ihren Freuden und Mühen. Ob sie arm sind — die Arbeiter — darf nicht in Rücksicht genommen werden: die Arbeiter sind alle arm, aber du mußt ganz zu den Arbeitern oder Bauern gehören, eine Mitte gibt es nicht. Wenn überall derartige Mißverhältnisse herrschen, so müssen Maßnahmen ergriffen werden, um eine neu heranwachsende Klasse — eine Klasse der kleinen Gutbesitzer oder Faulenzer und Nichtstuner und neue Eigentümer zu bekämpfen und zu unterdrücken.

Wollt ihr, Bürger bauern, so organisiert Kollektive, dann gibt man euch Maschinen und Vieh, aber auf dem Halbe der Bauern reiten, nicht arbeiten und doch Frucht bekommen wollen — das ist bei der Sowetsgewalt ganz unmöglich. In der Sowetsrepublik gibt's nur zwei Wege — der Bauernweg oder der Arbeiterweg und auf einem von diesen Wegen muß man gehen. Beide sind jetzt sehr schwer zu betreten, das gibt aber nicht das Recht, noch einen dritten Weg zu suchen. Bauern, es nehme sich jeder soviel Land, wie er bearbeiten kann und jeder sage den Verpächtern: „So was hat m'r net!“

Alles muß arbeiten für den Staat, für den „gemeinsamen Kessel“ und dort aus diesem Kessel bekommt er seinen Teil und nicht durch Selbstversorgung. Dazu haben wir Verpflegungsanstalten, die uns nach Möglichkeit versorgen.

Fr i g.

Offizieller Teil.

Obligatorische Verordnung

des Vollzugskomitees des Gebiets der Wolgadenutschen.

In Erledigung der Verordnung des Rates für Schutz und Verteidigung der All. Außerordentlichen Kommission über das Ergreifen von Maßnahmen am Platz gegen verschiedenartige Auffstände und Handlungen und in Zielen der Aufrechterhaltung und Fortsetzung sämtlicher Staatsfabriken und Niederlagen des Militärs und Volksgutes, gleichwie zur Steigerung der Produktivität in allen Fabriken und Werken, wie auch in allen Sowetsbehörden und, endlich, zwecks Beachtung der Staats- und Allgemeinordnung hat das Präsidium des Gebietsvollzugskomitees folgendes beschlossen:

1. Dem Gebietsrevolutionstribunal das Recht des Kriegsrevolutionstribunals einzuräumen und zwar das Recht, den strengsten Urteilspruch: „Geschießen“ zu fällen.
2. Zur Steigerung der Produktivität der Arbeit zwecks größtmöglicher Hilfeleistung dem Rate für Schutz und Verteidigung im Kampfe gegen den Feind — den Leitern der Abteilung in Sowetsbehörden sowie den verantwortlichen Leitern der für den Schutz arbeitenden Fabriken und Werken das Recht einzuräumen, in erforderlichen Fällen Uebertretungen laut Normen, die seitens der Zentralregierung vorgegeben sind, zu gestatten.
3. Sämtliche Sowetsarbeiter, das Administrationspersonal der Fabriken und Werke, alle Arbeiter und Angestellten gleichwie Bürger des Gebiets zu warnen, daß bei jeglicher Art von Verbrechen, Nichterfüllung verschiedener Befehle der Regierung, Fahrlässigkeit und Widerlegen hinsichtlich verschiedener Verpflichtungen im Moment, in dem die Republik unter schweren Bedingungen zu kämpfen hat und des Bestandes eines jeden einzelnen Bürgers bedarf, dieselben mit der ganzen Strenge des Gesetzes der Kriegsrevolutionären Zeit bestraft werden. Das Wandeltum sowie bewaffnete Uebertäts sind mit der denkbar strengsten Strafe zu verfolgen.
4. Das Trinken von Alkohol und das Ferkeln von Schnaps (Samogon) streng zu verbieten. Die Hersteller des Samogon sind dem Gericht des Kriegsrevolutionstribunals zu übergeben und laut Dekret über „Schnapsbrenner“ nicht weniger als zu fünf Jahren Zwangsarbeit zu verurteilen. Angetrunkene Personen sind an das Konzentrationslager zu übergeben.
5. Der Außerordentlichen Kommission und der Abteilung für Verwaltung vorzuschlagen laut Verordnung des Zentrums, in eiliger Ordnung in Marzstadt ein Konzentrationslager zu errichten.
6. Den Organen der All. Außerordentlichen Kommission verlässliche Mittel zur Verfügung zu stellen, die Ordnung im Gebiet und die Tätigkeit in sämtlichen Behörden zu kontrollieren.
7. Dem Gouvernementskomitee für allgemeine Arbeitspflicht die Pflicht aufzuerlegen, die energischsten Maßnahmen zwecks Registrierung und Ausnutzung der Spezialisten, der ganzen arbeitsfähigen Bevölkerung und des Transportes per Achse zu treffen.

Vorliegende Verordnung ist in deutscher und russischer Sprache zu drucken und in allen Behörden des Gebiets, in Fabriken und Werken und öffentlichen Plätzen auszuhängen.

Vorsitzender des Gebietsvollzugskomitees: P a d u n.
Vorsitzender der Gebietsaußerordentlichen Kommission: K o l o t i l o w.
Sekretär des Präsidiums: S a n d b e r g.

Befehl.

Zwecks Unterstützung und Beförderung der Versorgung unserer Roten Front wird allen Befehlshabern sowie Bürgern, die Feldkessel (Soldatenkessel) besitzen, strengstens befohlen, dieselben nicht später als im Laufe einer Woche an die Dorfkräte zu liefern. Letztere ihrerseits werden verpflichtet, die abgelieferten Kessel den entsprechenden Rayonskriegskommissariaten einzuhändigen.

Der Militär wird vorgeschrieben, eine strenge Kontrolle zu führen, daß vorstehender Befehl genau befolgt wird.

Diejenigen Befehlshaber und Bürger, die obenerwähnte Forderung außer acht lassen, werden zur gerichtlichen Verantwortung gezogen.

Das Präsidium des Gebietsvollzugskomitees.

Obligatorische Verordnung der Gebietsabteilung für Volksbildung.

Alle Bürger des Gebiets der Wolgadenutschen welche Tasteninstrumente wie Flügel, Klavier, Zuphoronium besitzen, haben kein Recht, dieselben zu verkaufen und aus dem Gebiet ohne Erlaubnis der entsprechenden Bezirksabteilung für Volksbildung auszuführen.

Die Gebietsabteilung für Volksbildung.

Bekanntmachungen.

Verloren, eine Legitimationskarte, herausgegeben vom Kriegskommissariat des Bez. Marz, auf den Namen Alexander des Karl Brejer vom 1895. Abgang. Lesnoi-Karamysch.

Verloren, eine Legitimationskarte auf den Namen Friedrich des Theodor Mandardt, herausgegeben vom Marzbeimer Kriegskommissariat wegen Befreiung vom Militärdienst. Bitte für ungültig zu erklären.

Das Volksgericht des 9. Märzstädter Bezirkes lobet den Bürger des Dorfes Marienial, Nikolai des Anton Köbler vor Gericht, wegen Ehehebelung, welche von seiner Frau, Maria des Nikolai geb. Herrmann, eingeleitet worden ist. (in 2 monatlicher Frist).

Zugelassen, ein braunes zweijähriges Fohlen, 10 Ellen, bei der Bürgerin des Dorfes Reinsheim, Anna Sophia Wagner.

Entlaufen, eine junge schwarze Kuh, am 1. März, 4-5 Jahre alt. Im linken Ohr ein Schiltz, im rechten Ohr die Spitze abschneiden. Belohnung zu melden bei Schritzerfeld.

Der Bürger des Dorfes Enderb, Johann Friedr. d. Joh. Fr. Def. art. wird aufgefordert, in 2 monatl. Frist, vor dem Volksgericht des 3. Märzstädter Bezirkes zu erscheinen, wegen Ehehebelung von seiner Frau, Rosalie des Peter Güttler.

Entlaufen, 1. eine Kobl, achttage, 7 Jahre alt, im rechten Ohr ein Schiltz, im linken Ohr ein weißes, Knauer Brand. 2. ein Saufüllen, im rechten Ohr ein Schiltz. 3. eine Ente, 15 J. alt. Zu melden bei Christfried in Reno.

Entlaufen, ein schwarzes Fohlen, 6 Ellen, alt. Auf der Stirn ein weißes Sternchen. Zu melden gegen gute Belohnung bei Gottfried Krämer in Schmeden, Märzstädter Bezirk.

Unsere Selbstverwaltung.

Von D. S c h m i d t.

Im Sommer 1914 waren es hundertfünfzig Jahre, daß die ersten deutschen Kolonisten das Wolgagebiet betreten haben, die laut Manifest Katharina der Zweiten vom 22. Juli 1763 herbeigekufen wurden. Die ersten deutschen Kolonien, die Mutterkolonien wurden in den Jahren 1764 — 1767 auf den beiden Ufern des Wolgastromes ober- und unterhalb der Stadt Saratow gegründet. Die älteste unserer deutschen Kolonien ist Nischinaja Dobrinka, die im Juni 1764 gegründet wurde, die jüngsten deutschen Kolonien an der Wolga sind Neu Warentsburg, welche 1902, und die Station Urbach, die 1909 gegründet wurde. Von etwas über 100 Kolonien, die in den Jahren 1764 — 1767 auf beiden Ufern an der unteren Wolga gegründet wurden, hat sich die Zahl der deutschen Dörfer im Laufe von 150 Jahren fast auf 200 gesteigert mit einer Gesamtzahl von über 400.000 Kolonisten.

Wenn wir in Betracht ziehen, daß die Kolonisten als arme Einwanderer nach Rußland kamen, denen es oftmals an den notwendigsten Mitteln zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse mangelte, daß diese nach ihrer Ankunft am Wolgastrome mit der Errichtung von Erdhütten beginnen mußten, daß die im höchsten Grade verkommene Verwaltungsbehörde im Laufe eines Jahrhunderts die Entwicklung und das Aufblühen der deutschen Kolonien hemmte, indem sie jede selbstständige Arbeit und Initiative unterdrückte, daß die deutschen Kolonien in den ersten Jahrzehnten nach ihrer Gründung un-

glaubliches von den russischen Müherbanden, den Kirgisen und Kalmlücken zu leiden hatten, deren Ueberfälle alles wirtschaftliche Leben hemmte, — so müssen wir zu der Folgerung kommen: die Kolonisten haben es auf allen Gebieten ihres Lebens so weit gebracht, wie weit etwas unter genannten Verhältnissen überhaupt gebracht werden konnte. — Die Verhältnisse machen oft aus dem Menschen das, was er ist.

Wir wenden ein Blatt in der Geschichte der Deutschen an der Wolga. Der große imperialistische Krieg tobt. Eine abscheuliche Nationalhölle beginnt in Rußland. Auch die Wolgadenutschen bleiben von ihr hiezmal nicht verschont. Und während die Kolonistenhölle an allen Fronten zusammen mit dem russischen Bauer und Arbeiter für fremde Interessen kämpfen, erscheinen, wie ein Blitz die Gesetze vom 2. Februar, 13. Dezember 1915 und vom 6. Februar 1917, mit der Drohung, die Kolonisten besitz- und obdachlos zu machen. Doch da bricht die Februarrevolution aus, die gleich einem Strubel den alten durch und durch verfaulten monarchistischen Staatsapparat hinwegschwemmt, die „alten Tafeln zerbricht“ und somit auch die obengenannten Gesetze vernichtet. Der Wolgadenutsche ist dank dem Ausbruche der Revolution vor dem Untergange gerettet.

Die Februarrevolution brachte das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen mit sich. Die im Laufe von Jahrhunderten unterdrückten und seitens des Zarenismus ausgebeuteten Völkerschaften warfen sich gegen ihre Unterdrücker in den Kampf. „Nieder mit dem nationalen Joch“, war die Losung der bürgerlichen Intelligenz, die an der Spitze der Befreiungsbewegung der Nationalitäten einhermarschierte. Doch dürfen wir nicht vergessen, daß hier die Rede von der Befreiung vom Zarenismus war, den man als Grund-

übel der nationalen Unterdrückung ansah. Unter dem Rechte der Nationen auf Selbstbestimmung versteht man das Recht der nationalen Bourgeoisie und Intelligenz, die Gewalt an sich zu reißen zwecks Gründung von „eigenen“ Nationalstaaten.

Die Losung von Rechte der Nationen auf Selbstbestimmung fand auch in unseren Wolgaskolonien ihren Anklang. Man beschäftigte sich mit der Frage über die Gründung einer nationalen Verwaltung der deutschen Wolgaskolonien. Es brachen sich damals in unseren Kolonien zwei scharf voneinander getrennte Strömungen Bahn: eine mehr menschewistische mit Emich — Müller und dem „Kolonisten“, die andere — Merkmal-bourgeoisie mit Pastor Schlenning und der „Volkszeitung“ an der Spitze. Doch weder dieser noch jener Richtung gelang es, einen Vertreter in die Gründerversammlung zu bekommen, der dort über die Frage der Selbstbestimmung der Wolgaskolonien hätte aufzutreten können. Doch jeglicher Vertreter wäre auch überflüssig gewesen!

Die russische Revolution entwickelte sich weiter vor unseren Augen fand ein beständiger Wechsel von erhabenen historischen Bildern statt. Die arbeitenden Massen rangen, kämpften und kämpften im Oktober 1918 alle bisher herrschenden Klassen, von dem früheren Gutbesitzer und Fabrikhaber beginnend und mit dem letzten Dorfwächter schließend. Die proletarische Revolution hatte ihren Anfang genommen.

Mit der Verwirklichung der Losung „alle Macht den arbeitenden Massen“ hatte die Oktoberrevolution die Frage über die Selbstbestimmung der arbeitenden Massen der unterdrückten Nationalitäten gelöst. Während die Selbstbestimmung der Völker in der Februarrevolution eine Trennung der Nationen bedeutete, stellte die Selbstbestimmung in der Oktoberrevolution eine

Verzahnung dar, nämlich eine Zusammenschließung der arbeitenden Massen auf Grundlage der Sowetsgewalt, des Klassenkampfes.

Ungeachtet dessen, daß die Formulierung des Selbstbestimmungsprinzips seitens der Sowetsregierung auch für den einfachsten Mann verständlich war, so machte die Bourgeoisie der deutschen Wolgaskolonien, vom ersten Meißplakanten in Saratow bis zum letzten Hühnerhändler im Dorfe, den Versuch, das von der Sowetsregierung proklamierte Selbstbestimmungsrecht zu ihren Fördern auszunutzen. Die „aufrechten deutschen Männer“, wie sich der altkluge Politiker Pastor Schlenning ausdrücken liebte, gedachten bei der Arbeiter- und Bauernregierung eine solche Autonomie der deutschen Wolgaskolonien auszuwirken, wo die deutschen Kapitalisten zusammen mit der Geistlichkeit die Herrschaft in ihren Händen hätten behalten können. Die „aufrechten deutschen Männer“ wollten eine „eigene“ Autonomie ins Leben rufen, wo Kapitalist und Arbeiter, Grundbesitzer und Landproletarier in „harmonisch“ leben würden. Eine Kirchenpolitikidee, einer Krämerjuele würdig! Doch die „aufrechten deutschen Männer“, hatten sich vergebens raffte Hoffnungen gemacht. Es sollte ihnen nicht gelingen, die deutschen arbeitenden Massen in ihre Klauen zu bekommen.

Während sich die Vertreter der „aufrechten deutschen Männer“ zwecks Auswirkung einer Autonomie der deutschen Wolgaskolonien in den Vorzimmern der Arbeiter- und Bauernregierung herumdickten, wurde im Volkskommissariat für nationale Angelegenheiten in Moskau eine Delegation des deutschen Sozialistenverbandes über die Organisation einer Selbstverwaltung der deutschen Kolonien am Wolgastrome auf Grundlage der Sowetsmacht vorstellig. Diese Delegation, aus den Genossen Klinger, Ab. Emich und Kellner bestehend, sprach am 18. April 1918 beim

Volkskommissar für nationale Angelegenheiten, Gen. Stalin, vor. Auf die Angelegenheiten der Delegation reagierend, jagte Gen Stalin:

„Die Einberufung eines Kongresses der Räte der deutschen Wolgaskolonien ist nicht nur ein Recht, sondern sogar eine Pflicht. Der Begriff „föderale Republik“ setzt ja die Selbstverwaltung der einzelnen Gebiete und Nationalitäten voraus. Wir haben grundsätzlich nichts gegen eine Autonomie der deutschen Wolgaskolonien.“

Damit war das Einverständnis der Zentralregierung bezüglich der Autonomie der deutschen Wolgaskolonien eingeholt.

Der deutsche Sozialistenverband ging bei der Herantretung an die Organisation einer Autonomie der deutschen Wolgaskolonien von dem Standpunkte aus: die arme deutsche Bevölkerung ist der russischen Sprache nicht mächtig, und muß sich deshalb in allen öffentlichen russischen Anstalten von den deutschen Kapitalisten, Fabrikhabern, Grundbesitzern und Dorfkräten vertreten lassen, die natürlich nicht im Interesse der armen Bevölkerung handeln. Um die Kolonisten aus den Klauen der deutschen Bourgeoisie zu reißen, um den künstlich hervorgerufenen Nationalhaß zwischen der russischen und deutschen Bevölkerung auszulöschen, um dem deutschen Arbeiter und Bauer die Möglichkeit zu geben mit der Organisation der russischen Arbeiter- und Bauernhand in Hand zu gehen, muß eine Selbstverwaltung der deutschen Wolgaskolonien ins Leben gerufen werden, muß die Verwaltung der Kolonien in einem deutschen Organ zusammenfließen, das mit deutschen Verhältnissen Rechnung tragen muß. — Das war ein Ziel, das der größten Mühe, der größten Begeisterung wert war

(Fortsetzung folgt).

*) Dieser Artikel war für die Nummer zum 3. Jahrestag der Oktoberrevolution bestimmt, konnte aber wegen Mangel an Raum nicht gebracht werden.
Die Redaktion.